

Versammlungsleitung: Ali Ismailovski und Michael Götde

Protokoll: Birgit Naujoks

1. Begrüßung und Formalia

Das Protokoll der letzten Jahresversammlung wird ohne Beanstandungen verabschiedet.

2. Thema: Aktueller Stand der Flüchtlingspolitik in NRW

Der Referent Benjamin Rauer stellt sich mit seinen Funktionen vor. U.a. ist er Mitglied im Beirat der UfA Büren, auch wenn er gegen Abschiebungshaft sei. Er betont, dass man ihn zu flüchtlingspolitischen Fragen und zu Einzelfällen ansprechen könne, auch wenn ihm durch sein Landtagsmandat (teilweise enge) Grenzen gesetzt seien.

Zum Thema Landesunterbringung verweist der Referent auf den Sechs-Punkte-Plan der Landesregierung. Es sei nicht alles gut in der Landesaufnahme, es müsse darauf geachtet werden, Standards einzuhalten, insbesondere bei den gerade aufgebauten bzw. im Aufbau befindlichen Unterbringungsplätzen. Bei der Schaffung von Einrichtungen sei gute Kommunikation im Vorfeld und beim Aufbau notwendig, sowohl von Behörde zu Behörde, als auch zur Bevölkerung. Ziel des Landes sei auch mehr Einbindung von Ehrenamt in den LAEen, die Einrichtungen dürften keine Abwehrhaltung ggü. Ehrenamtlichen einnehmen.

Der Referent hält den Koalitionsvertrag für gut, sieht aber noch Umsetzungsdefizite. So sei die Umsetzung der kürzeren Verweildauer in den LAEen mit der CDU schwierig, da aus den Kommunen dagegen Protest erhoben würde.

Zum Beschluss der MPK zur Einführung einer Bezahlkarte merkt der Referent an, dass es innerhalb der Koalition schwierig sei, wenn MP Wüst auf einmal andere Positionen vertrete als abgesprochen. Seiner Meinung nach könnte die Nutzung der Bezahlkarte in den LAEen eine Verbesserung darstellen, weil zum einen die Warteschlangen bei der sog. Taschengeldausgabe unwürdig seien und zum anderen die Prozedur einen großen Aufwand für die Behörden bedeute. Für Schutzsuchende in Kommunen bzw. die Kommunen selbst sieht er dagegen keine Vorteile. Er hält die aktuelle Diskussion in vielen Kommunen für verfrüht, gerade laufe erst die Ausschreibung für die Vergabe zur Erstellung einer Bezahlkarte und es sei noch nicht klar, welche Funktionen die Bezahlkarte dann überhaupt technisch haben könne. Klar sei schon, dass es technisch nicht möglich sei, „Produktgruppen“ auszuschließen. Fünf Anbieterinnen würden ein Angebot machen und danach werde NRW sehen müssen, wie damit umgegangen wird. Die Landesregierung würde Gespräch mit den kommunalen Spitzenverbänden führen. Er setze sich nicht für eine kommunale Umsetzung ein. Eine Teilnehmende hält ihm entgegen, dass Staatssekretär Bahr habe verlauten lassen, dass die Bezahlkarte möglichst flächendeckend in NRW und mit möglichst einheitlichen Standards umgesetzt werden solle. Auf Nachfrage einer Teilnehmenden, ob das Land eine Empfehlung an die Kommunen ausspreche, auf die Bezahlkarte zu verzichten oder ob geplant sei, die Kommunen zur Einführung der Bezahlkarte zu verpflichten, erläutert der Referent, dies sei noch nicht geklärt, er halte es nicht für ausgeschlossen, dass das Land die Bezahlkarte verpflichtend einführt. Um dies zu verhindern, sei es notwendig, dass sich die Kommunen gegen die Einführung der Bezahlkarte stellen. Die Teilnehmenden weisen auf einige kritische Punkte hin und positionieren sich gegen die Einführung, sowohl wegen der Einschränkungen für Schutzsuchende in

praktischer Hinsicht als auch als falsches politisches Signal. In Duisburg, Dortmund und Krefeld gebe es bereits Beschlüsse gegen die Bezahlarte, aus Köln und Münster zumindest schon entsprechende Äußerungen. Auf die Frage, ob es nicht eine Initiative von den Landesgrünen zu den kommunalen Grünen geben könne, ablehnende Beschlüsse zu erwirken, äußert der Referent, er habe sich in den Planungen entsprechend positioniert.

Aus dem Teilnehmendenkreis wird gefragt, was hinsichtlich Abschiebungen in den Irak und den Iran von den Grünen als Regierungspartei zu erwarten ist, sowohl auf der Landesebene, als auch in Initiative zum Bund. Der Referent verweist bezüglich Iran darauf, das Ministerin Paul im Vorfeld der IMK das Thema Verlängerung Abschiebungsstopp angesprochen habe, jedoch verschiedene Bundesländer daran kein Interesse gehabt hätten, weswegen darauf verzichtet worden sei, das Thema auf die Tagesordnung zu setzen. Hinsichtlich Irak gelte für Jesidinnen bis zum 18.03. ein landesweiter Abschiebungsstopp. Dieser werde auch noch einmal um drei Monate verlängert.

Auf den Vorhalt, dass die Grünen auf Bundesebene an allen Gesetzesverschärfungen mitgewirkt hätten, so z.B. bei Einstufung „sicherer HKL“ 2014 durch die Grünen in BaWü, 2015 durch die Grünen in BaWü, Hessen und NRW und 2023, erklärt der Referent, dass Monika Düker sich zur Zustimmung 2015 bereits geäußert habe. Scholz sei ähnlich schwierig wie Merz, deshalb sei die Diskussion um weiter „SHKL“ nicht ausgeschlossen. Der letzte Bundesparteitag der Grünen sei nicht einfach gewesen, es habe unterschiedliche Positionen zu Migrationsthemen gegeben.

Ob in der Städteregion Aachen eine LAE eingerichtet werden soll, weiß der Referent nicht, er könne sich aber ohnedies zu laufenden Vertragsverhandlungen nicht äußern.

Auf die Anregung, das Ausführungsgesetz zum Asylgesetz hinsichtlich der Wohnverpflichtung in LAEen und den Asylstufenplan abzuschaffen, entgegnet der Referent, dass über den Asylstufenplan gerade gesprochen werde und es werde ein Enddatum geben.

Hinsichtlich des Baus eines Ausreisegewahrsams am Flughafen Düsseldorf weiß der Referent nichts von aktuellen Planungen, er weist darauf hin, dass gerade auch Gelder sehr knapp seien.

3. Geschäftsbericht/Finanzbericht

Das Vorstandsmitglied Evelyn Meinhard stellt den Geschäftsbericht für das Kalenderjahr 2023 vor und dankt der Geschäftsstelle für die geleistete Arbeit. Der Geschäftsbericht wird mit dem Protokoll an die Mitglieder verschickt.

Das für die Finanzen zuständige Vorstandsmitglied Ingo Pickel trägt den Finanzbericht für das Kalenderjahr 2023 vor.

4. Berichte Kassenprüferinnen

Die Kassenprüferinnen Bärbel Radmacher und Andrea-Cora Walther berichten über die Ergebnisse ihrer Kassenprüfung. Sie bringen keine Beanstandungen vor und empfehlen die Entlastung des Vorstandes. Die Entlastung des Vorstandes erfolgt einstimmig.

5. Wahl des Vorstands

Michael Gödde übernimmt die Versammlungsleitung.

Die amtierenden Vorstandsmitglieder Ali Ismailovski, Verena Jenter und Evelyn Meinhard stellen sich erneut zur Wahl. Verena Jenter hat ihre Kandidatur im Vorfeld schriftlich erklärt. Neu kandidiert Andrea-Cora Walther.

Einstimmig wird eine Blockwahl beschlossen. Bei drei Enthaltungen werden Ali Ismailovski, Verena Jenter, Evelyn Meinhard und Andrea-Cora Walther in offener Abstimmung einstimmig gewählt. Alle vier nehmen die Wahl an. Verena Jenter hatte dies im Vorfeld schriftlich erklärt.

Andrea-Cora Walther erklärt sich bereit, als Vorstandsmitglied für die Finanzen zuständig zu sein. Sie wird einstimmig gewählt und nimmt die Wahl an. Ingo Pickel wird für seine langjährige Arbeit als Vorstandsmitglied gedankt.

6. Wahl der Kassenprüferinnen

Ali Ismailovski übernimmt wieder die Versammlungsleitung.

Die bisherige Kassenprüferin Bärbel Radmacher stellt sich erneut zur Wahl. Zudem kandidiert Ingo Pickel. Einstimmig wird Blockwahl beschlossen. Bärbel Radmacher und Ingo Pickel werden einstimmig für zwei Jahre gewählt.

7. (Wahl der) Vertretungen in: Forum Flughäfen, Beirat UfA Büren

Da Dominik Hüging sich bereiterklärt hat, ein weiteres Jahr für den Flüchtlingsrat NRW im Forum Flughäfen NRW zu sitzen, ist eine Neuwahl entbehrlich. Andre Schuster wird wegen seiner neuen Stelle seine Stellvertretung (Vertreterin ist Birgit Naujoks) im Beirat der UfA Büren beenden. Bei der nächsten Mitgliederversammlung im Mai 2024 soll eine neue Stellvertretung gewählt werden.

8. Diskussion über die jährliche Anzahl der Mitgliederversammlungen

Der Vorstand führt in das Thema ein. Es soll darüber diskutiert werden, die Anzahl der Mitgliederversammlungen zu verringern. Die Zahl der Teilnehmenden ist in den letzten Jahren deutlich gesunken. Der Aufwand für die Organisation und die Kosten, insb. für Referierende, sind insgesamt und umgerechnet auf die einzelnen Teilnehmenden sehr hoch. Der Vorstand regt an, andere Formate, wie einzelne Fachveranstaltungen, anstelle einzelner MVen, durchzuführen, um mehr und andere Interessierte anzusprechen, also die TN-Zahl zu erhöhen und auch konkreter inhaltlich zu arbeiten. Eine Teilnehmende unterstützt dies und regt an, dann in den MVen mehr dazu in die Diskussion zu gehen, was aus entsprechenden Veranstaltungen entstehen kann. Eine Teilnehmende hält aufgrund der Vielzahl an Themen ein Treffen alle zwei Monate für notwendig. Nur einmal seien bei einer von ihr besuchten MV weniger als zehn Teilnehmende gewesen, sonst bewege sich die TN-Zahl immer im zweistelligen Bereich. Die MVen seien Fachveranstaltungen, es gebe immer zwei gute inhaltliche Themen. Andere Teilnehmende äußern, dass sie den fachlichen Input bei den MVen als notwendig erachten und auch der informelle Austausch sei wichtig. Eine Teilnehmende regt an, die MV an unterschiedlichen Orten durchzuführen, worauf eine andere Teilnehmende auf schlechte Erfahrungen mit einem solchen Versuch und den höheren Organisationsaufwand verweist. Der

Vorstand äußert die Bitte, dass die Mitglieder aktiv in ihren Kreisen die MV bewerben. Zudem sollten die Mitglieder Anregungen geben, was verändert werden könne, um die TN-Zahl zu erhöhen und auch jüngere Menschen zu erreichen. Allein aufgrund der Altersstruktur bei den MVen seien Änderungen unausweichlich. Eine Teilnehmerin bekräftigt, dass es für jüngere Leute anderer Formate bedürfe, junge Menschen seien insgesamt weniger verbindlich und kontinuierlich. Bei der Bewerbung der MV auf der Webseite werden bereits mehr die Themen in den Vordergrund gestellt, weil der Begriff „MV“ gerade auf Nichtmitglieder abschreckend wirken könnte. Der Punkt Veränderungen bei den MVen soll in einer der nächsten Sitzungen noch einmal auf die Tagesordnung gestellt werden, der Vorstand erbittet dann konkrete Vorschläge aus der Mitgliedschaft.

9. Berichte aus den Initiativen

Der Fachbereichsleiter in Krefeld habe sich gegen die Bezahlkarte ausgesprochen, es sei schon genug mit Aufenthaltsrecht und Einbürgerungsrecht zu tun. In einem Villenviertel in Krefeld werde zum 01.06.24 eine ZUE mit 400 Plätzen in Betrieb genommen. Die Bürgerversammlung sei gut gewesen, die Bezirksregierung habe sofort Kontaktdaten bekanntgegeben und auch verdeutlicht, dass Ehrenamt erwünscht sei. Der Flüchtlingsrat Krefeld hat den 3. Platz beim Heimatpreis der Stadt Krefeld belegt und erhält dafür 2.500 €. Die Preisverleihung sei zugleich auch gute Öffentlichkeitsarbeit.

Der Rhein-Sieg-Kreis habe die Bezahlkarte abgelehnt, weil die 19 Gemeinden jeweils selbst über die Einführung entscheiden müssten. Die Kommunen würden erst einmal abwarten, auf Anfrage habe die Stadt Hennef geantwortet, es gebe bislang keine Planungen. In zwei Kommunen, die finanzielle Schwierigkeiten hätten, würde nun jeweils eine ZUE mit 200 Plätzen entstehen, in Lohmar und in Meckenheim. Anreiz sei gewesen, dass die Plätze vollständig auf die kommunale Aufnahme angerechnet würden.

In Münster gebe es Stimmen gegen die Bezahlkarte, aber noch keine offizielle Positionierung. Die GGUA sei mit anderen Akteurinnen im Gespräch, aktiv zu werden. Eine Teilnehmende weist darauf hin, dass in Bochum ein Brief mehrerer Initiativen an die Stadt gerichtet worden sei. Dieser soll auf der Webseite veröffentlicht werden mit der Anregung für andere Inis, diesen oder einen ähnlichen Brief in ihrer Kommune zu initiieren. Der Brief soll als Anhang mit dem Protokoll versandt werden.

In der Städteregion Aachen wolle die CDU die Bezahlkarte, die Grünen hätten sich noch nicht positioniert, die Linken seien dagegen. In Herne habe der Sozialdezernent (SPD) geäußert, dass die Karte eingeführt werden solle, wenn der Kommune keine Kosten entstehen, ähnlich sehe es auch in Castrop-Rauxel aus. In den Gremien gebe es gerade Diskussionen, ob jetzt schon über Standards gesprochen werden oder erst eine grundsätzliche Positionierung gegen die Bezahlkarte erfolgen solle.